

«Wir müssen rasch aus der Krise»

GEROLD BÜHRER Der Präsident des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse fordert von der UBS, im Interesse des Finanzplatzes Schweiz ihre Hausaufgaben zu machen. Auch warnt er davor, nur um einer schnellen Lösung willen gegenüber den USA die rechtsstaatliche Ordnung aufzugeben.

INTERVIEW: SYNES ERNST

Die Krise der Finanzmärkte im Allgemeinen und der UBS im Besonderen waren aus wirtschaftspolitischer Sicht die zentralen Themen des 1. Halbjahrs 2008. Wie schätzen Sie die Folgen für unser Land ein?
Gerold Bühler: Da die Finanzbranche rund einen Siebtel des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, wird das Wachstum auch von daher gebremst. Das ist die ökonomische Seite. Die andere betrifft das Image der Finanzbranche. In erster Linie ist zwar die UBS betroffen, aber ich glaube, dass ein Schatten über die UBS hinausgeht. Weil in der Finanzbranche Vertrauen ein grundlegender Faktor ist, müssen wir rasch aus der Krise herauskommen.

Ist der Finanzplatz Schweiz gefährdet?
Bühler: Ich glaube nicht, dass der Finanzplatz als Ganzes in Gefahr ist. Das möchte ich deutlich machen. Aber trotzdem scheint es mir sehr wichtig, dass die UBS als hauptsächlich betroffene Bank ihre Hausaufgaben macht. Dies ist über die Bank hinaus von Bedeutung.

Und die Politik?
Bühler: Es dürfen vor allem keine falschen Signale nach aussen gesendet werden, die das rechtspolitische Vertrauen in den Finanzplatz schwächen könnten. Bankkündengeheimnis und Rechtsverlässlichkeit müssen weiter intakt bleiben.

Damit sprechen Sie das Verhalten des Bundesrats im Falle der UBS an.
Bühler: Ja. Er hat richtig reagiert. So hat Finanzminister Hans-Rudolf Merz deutlich gemacht, dass man das gesetzlich klar definierte Prinzip der Rechtshilfe nicht durchlöchern dürfe. Das ist für mich ganz wichtig: Wenn wir – nur um einer schnel-

«Es dürfen keine falschen Signale nach aussen gesendet werden, die das Vertrauen in den Finanzplatz schwächen.»

len Lösungswilligen – gegenüber den US-Behörden den klar definierten Rechtsweg verlassen würden, hätte dies vor dem Hintergrund der Steuer- und Bankkündengeheimnisdebatte mit der EU und mit Deutschland im Besonderen garantiert negative Folgeeffekte.

Besteht nicht die Gefahr, dass der Bundesrat dem Druck der USA nicht doch noch nachgeben könnte, weil der amerikanische Markt für die Schweizer Wirtschaft derart von Bedeutung ist?

Bühler: Wir müssen aufpassen, dass wir dieser Versuchung nicht unterliegen. Wir haben unsere Politik, wonach Rechtshilfe erst geleistet werden kann, wenn ein Verdacht auf Steuerbetrug vorhanden ist, bis jetzt strikt befolgt. Ich bin entschieden der Auffassung, dass wir gegenüber den USA nicht eine andere Rechtsauffassung vertreten können als gegenüber der EU. Das wäre ein gefährliches Präjudiz.

Haben die USA nicht schon immer die Daten bekommen, die sie wollten?

Bühler: Nein. Hier geht es um eine klar definierte und demokratisch legitimierte Amts- und Rechtshilfepraxis. Dieses Prinzip der Rechtsstaatlichkeit dürfen wir nicht verletzen. Gerade die Schweiz, die in dieser Beziehung einen guten Ruf genießt, kann es sich schlicht nicht leisten, an dieser Ordnung zu rütteln.

Parlamentarier haben bereits auf die Finanzkrise und die Situation der UBS reagiert. Ihre freisinnigen Parteikollegen Fulvio Pelli und Johann Schneider-Ammann haben ihre Sorge zu einer möglichen Übernahme der UBS geäußert. Teilen Sie diese Sorge?

Bühler: Grundsätzlich vertrete ich zur Frage von Übernahmen von Unternehmen eine liberale marktwirtschaftliche Auffassung. Ich teile jedoch die geäußerten Sorgen insofern, als eine Übernahme der UBS zweifellos auf den Finanzplatz Schweiz und unsere nationalen Interessen Rückwirkungen hätte, die zu denken geben müssten. Die Grossbanken sind von aussen betrachtet die wichtigsten Aushängeschilder des Finanzplatzes, und wenn nun eines von ihnen übernommen würde,



«Ich glaube nicht, dass der Finanzplatz als Ganzes in Gefahr ist»: Gerold Bühler, Präsident von Economiesuisse.

würde das die Reputation sicher beeinträchtigen. Aber ich denke nicht, dass es zu einer Übernahme kommen wird.

Verstehe ich Sie aber richtig, dass Sie gegen Staatsinterventionen sind?

Bühler: Ja, ich will meinem Grundsatz treu bleiben, weshalb ich derart interessiert daran bin, dass es den Verantwortlichen der UBS gelingt, das Unternehmen mittelfristig auf Kurs zu bringen.

Was halten Sie von der Äusserung des Nationalbank-Präsidenten, wonach die Selbstregulierung bei den Banken nicht mehr genüge?

Bühler: Das ist nichts Neues. Im gesamten Finanzdienstleistungsbereich haben wir schon immer eine Mischung zwischen gesetzlicher und Selbstregulierung gehabt. Ich gehe davon aus, dass das in Zukunft so bleiben wird.

Zu einem anderem Thema: Economiesuisse hat wenige Tage nach dem Parlamentsentscheid den Abstimmungskampf für die beiden Freizügigkeitsabkommen lanciert. Warum diese Eile?

Bühler: Von Eile kann keine Rede sein. Wir haben ja schon im April die Personenfreizügigkeit zum Thema gemacht, als wir zusammen mit dem Gewerbeverband und dem Arbeitgeberverband die Umfrage publiziert haben, die zeigt, wie die Schweizer Unternehmen über die Personenfreizügigkeit denken. Das Resultat war beeindruckend. Jetzt wollten wir bereits vor der Unterschriftensammlung demonstrieren, dass es keine Alternative zum bilateralen

Weg gibt und allein schon deshalb die Personenfreizügigkeit eine *Conditio sine qua non* darstellt.

Erstaunt Sie die Kehrtwende der SVP?

Bühler: Seit dem klaren Nein zur Einbürgerungs-Initiative nicht mehr so. Ich glaube, dass diese Abfuhr einen Einfluss gehabt hat auf die Bereitschaft, nochmals mit einem Referendum in den Kampf zu steigen. Dazu kommt, dass sich auch der

«Wir müssen alles tun, dass unter keinen Umständen die Steuersouveränität zur Disposition gestellt wird.»

Wirtschaftsflügel in der SVP in konstruktivem Sinne sehr deutlich manifestiert hat. Dass führende Unternehmerpersönlichkeiten aus der SVP auf unserer Seite stehen, ist wichtig im Hinblick auf einen klaren Volksentscheid zugunsten der Personenfreizügigkeit.

Wie lautet Ihre Prognose für die Abstimmung?

Bühler: Zuerst einmal muss das Referendum stehen. Kommt es zur Abstimmung, bin ich optimistisch. Die Schweizerinnen und Schweizer haben bisher alle bilateralen Abstimmungen so entschieden, wie es helvetischem Pragmatismus entspricht: Man ist auf der einen Seite nicht bereit für einen grossen Wurf wie den EU-Beitritt, aber man sieht auf der anderen Seite auch, dass ein Land, das wie die Schweiz der-

massen vom Export abhängig ist, ein bilateral verlässliches Vertragswerk braucht.

In der heissen Phase des Steuerstreits mit Deutschland hatten Sie in deutschen Zeitungen einen offenen Brief geschrieben, in dem Sie die Haltung der Schweiz darlegten und verteidigten. Haben Sie je ein Echo erhalten?

Bühler: Ich habe ein breites Echo bekommen von Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland und natürlich aus Kreisen der Wirtschaft. Obwohl wir das Finanzministerium im Voraus brieflich orientiert hatten, kam von dort nichts, nicht einmal eine Empfangsbestätigung. Das zeigt mir schon ein wenig, wie man da mit den Bürgern und der Wirtschaft umzugehen pflegt.

Sind Sie frustriert?

Bühler: Schon, ja. Das Verhalten zeigt eine Obrigkeitshaltung, bei der man sich nicht wundern muss, dass eben dann viele Leute mit den Füßen gegen ein solches System demonstrieren und auswandern.

Man hört im Moment so wenig über den Steuerstreit mit Deutschland. Was ist der Grund?

Bühler: Im Moment herrscht tatsächlich etwas Ruhe, aber ich wiege mich nicht in falscher Sicherheit. Wir müssen realistischere immer wieder mal mit Angriffen rechnen.

Ruhe herrscht auch im Steuerdisput mit der EU.

Bühler: Der Grund ist der, dass beide Seiten jetzt die ersten Erkenntnisse der Exper-

ZUR PERSON

Steckbrief

Name: Gerold Bühler
Funktion: Economiesuisse-Präsident
Alter: 60
Wohnort: Thayngen SH
Familie: Verheiratet, zwei Kinder
Ausbildung: Lic. oec. publ.

Karriere

1979–1990 Schweizerische Bankgesellschaft
1991–2000 Konzernleitung GF Georg Fischer AG
Seit 2000 Wirtschaftsberater, Vizepräsident VR Swiss Life, Mitglied VR GF
1991–2007 Nationalrat
Seit 2006 Präsident Economiesuisse

ECONOMIESUISSE

Dachorganisation Economiesuisse ist die grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft. Als Verband der Schweizer Unternehmen stehen hinter Economiesuisse über 30 000 Unternehmen mit insgesamt 1,5 Mio Beschäftigten in der Schweiz.

Aktuell Vor kurzem angelaufen ist die Kampagne zugunsten der Verlängerung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU und seine Ausdehnung. Zudem präsentierte der Verband eine Nachhaltigkeitsregel, mit der verhindert werden soll, dass die Verschuldung der Sozialwerke weiter ansteigt.

tengruppe Unternehmenssteuerreform des Finanzdepartements, die im Herbst vorliegen sollten, abwarten wollen. Ich glaube, dass im Hintergrund in Brüssel die Überzeugung auch gereift ist, dass es im Hinblick auf eine mögliche Abstimmung über die Personenfreizügigkeit auch im Interesse der EU selbst wäre, sich zu mässigen. Auch hier gilt: Trotz der momentanen Ruhe ist das Problem nicht vom Tisch.

Lässt es sich überhaupt lösen?

Bühler: Wir müssen alles daransetzen, dass die Steuersouveränität der Schweiz unter keinen Umständen zur Disposition gestellt wird. Ich bin klar mit dem Bundesrat der Meinung, dass dieses Dossier kein Verhandlungsdossier ist. Es ist eine Angelegenheit, die wir steuerpolitisch im nationalen Interesse selbst lösen wollen. Das wird eine Weile dauern. Langfristig betrachtet, bin ich aber gar nicht verängstigt.

Warum nicht?

Bühler: Ich stelle bei meinen Besuchen in Brüssel oder in anderen, vor allem steuer-günstigen Ländern fest, dass diese nicht mehr gewillt sind, sich irgendwelchen Steuerdiktaten zu unterwerfen. Die EU wird in ihren eigenen Reihen massiv Mühe haben, auch nur im formellen Bereich eine Steuerharmonisierung durchzusetzen, und das wiederum heisst, dass wir uns hier in der Schweiz nicht allzu stark einschüchtern lassen sollten.

Ihr Ausblick ist optimistisch in Steuerfragen, wie sieht er mit Blick auf die Konjunkturentwicklung aus?

Bühler: Wir bleiben bei unserer sehr vorsichtigen Konjunkturprognose vom vergangenen Dezember. Wir belassen die Wachstumsrate auf 1,6%. Für 2009 sehen wir ebenfalls ein abgeflachtes Wachstum, jedoch keine Rezession voraus.

Worauf beruht diese Annahme?

Bühler: Wir haben eingangs von der Finanzmarktkrise gesprochen, die negative Folgen hat. Daneben gibt es weitere Faktoren, die seit einiger Zeit auf eine Verflachung des weltweiten Wachstums hindeuten. Dieses wird zum Beispiel im Exportbereich und bei den Investitionen Spuren hinterlassen. Generell dürften die operativen Margen in verschiedenen Branchen aufgrund der gestiegenen Kosten für Rohstoffe und Energie und der nachlassenden Nachfragedynamik etwas zurückgehen. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage wird dagegen der Konsum eine Konjunkturstütze bleiben.